

**Teil 2:**  
Ergebnisse  
der Umfrage zu  
Arbeit und Wirtschaft

+++ DIE GROÙE AUSWERTUNG DER NWZ-LESERUMFRAGE +++ FAKTEN, ZAHLEN, KOMMENTARE +++

# Bahnlärm größtes Ärgernis für Bürger

**LEBEN IN OLDENBURG** Durchschnittsnote nur 4,0 – Forderung nach Umgehungsstrecke bleibt

Im zweiten Teil der Auswertung der NWZ-Umfrage zu Arbeit und Wirtschaft geht es um die Bahn. Welchen Stellenwert hat der am Montag besiegelte Vergleich?

VON JASPER RITTNER

**OLDENBURG** – Bei so einem Zeugnis müssten manche Schüler eine Ehrenrunde drehen. Im Durchschnitt hat die Stadt für ihr Engagement gegen den Bahnlärm nur eine 4,0 bekommen. In Ofenerdiek fällt das Ergebnis sogar noch schlechter aus – 4,53. Das bedeutet, dass die meisten Bürger eine Fünf oder Sechs gegeben haben.

Im Rathaus und auch mehrheitlich in der Politik wird man nun einwenden, dass die Umfrage vor dem am Montag besiegelten Vergleich erfolgte. Nun, so die Ratsmehrheit, werde es schon 2013 für die betroffenen Anwohner Lärmschutz geben (NWZ berichtete). Gleichzeitig will die Politik an einer Umgehungsstrecke festhalten.

Den Bürgern allerdings scheint der Einsatz nicht zu reichen. Zum einen gibt es eine hohe Skepsis gegenüber der Bahn (siehe auch Umfrage). Zum anderen können die



Da helfen auch keine Lärmschutzfenster: Lutz und Margarethe Heinemann auf ihrer Terrasse.

BILD/ARCHIV: THOMAS HUSMANN

Schallschutzfenster für etwa 1500 Gebäude in den Gärten keine Ruhe schaffen. Immerhin: Für die Bahnanlieger gibt es nun im kommenden Jahr eine gewisse Entlastung. Bei Ablehnung eines Vergleichs hätte es erstmal nichts gegeben. Und der weitere juristische Weg wäre lang, teuer und

im Ausgang ungewiss oder zumindest im Ergebnis umstritten gewesen.

Deshalb feiert die politische Mehrheit von Linken bis zur CDU den Vergleich als „Erfolg für die Anwohner“. Für Linken-Chef Hans-Henning Adler (selbst ein glühender Verfechter einer Umge-

hung) ist der Vergleich das aktuell erreichbare Maximum. Lediglich die Grünen sahen das anders und stimmten nicht zu (NWZ berichtete).

Auf Ablehnung ist der Vergleich auch bei der Interessengemeinschaft der Bahnanlieger in Oldenburg (IBO) gestoßen. „Der Lärmschutz ist

ein Versprechen der Bahn, damit die Leute erstmal den Mund halten“, kritisierte IBO-Sprecher Christian Röhlig mit deutlichen Worten. Von der Wirksamkeit des zugesagten Lärmschutzes zeigte er sich nicht überzeugt.

➔ [www.nwzonline.de/leben-in-oldenburg.de](http://www.nwzonline.de/leben-in-oldenburg.de)

## WIE FINDEN SIE DEN BAHNVERGLEICH?

„Das ist eine Geschichte mit vielen Unbekannten. Ich traue der Bahn nicht und bin skeptisch. Auf der Terrasse bringen Lärmschutzfenster nichts.“  
**Hannes Triestram** (56)  
Oldenburg



„Ich finde den Vergleich irritierend und schwammig. Gegen Erschütterungen hilft Lärmschutz nun mal nicht. Die Entscheidung für eine Umgehungsstrecke sofort wäre besser gewesen.“  
**Ilse Klattenhoff** (68)  
Oldenburg



„Lärmschutzfenster sind sicherlich hilfreich. Doch das kommt alles viel zu spät. Zudem ist der Stress für die Betroffenen extrem hoch.“  
**Kerstin Wilkens** (49)  
Oldenburg



„Ich hätte mich nicht darauf eingelassen. Keiner will doch nur noch im geschlossenen Käfig sitzen. Die Politik hat die Brisanz des Themas verschlafen.“  
**Uli Reen** (56)  
Oldenburg



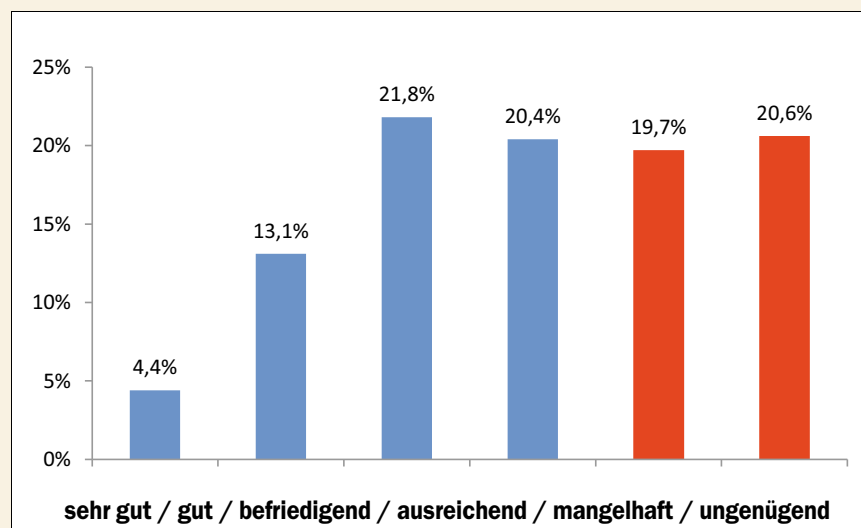
„Das klingt erstmal gut, doch die Frage ist, was weiter passiert. Ich sehe schon ein Entgegenkommen der Bahn, aber der Vergleich ist nicht das Nonplusultra.“  
**Karin Teufel** (73)  
Oldenburg



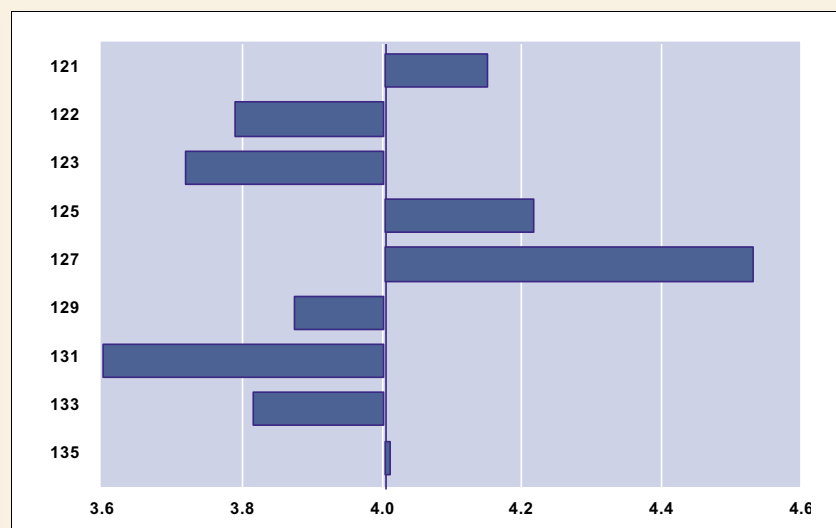
UMFRAGE/BILDER: OLIVER BLOCH

## Mehr als 40 Prozent geben eine Fünf oder Sechs

Wie benoten Sie den Einsatz der Stadt im Kampf gegen Bahnlärm?



Wie benoten Sie den Einsatz der Stadt im Kampf gegen Bahnlärm? Aufgeteilt nach Postleitzahlen 26...



**OLDENBURG/RIT** – Das Ergebnis zum Thema Bahn ist die schlechteste Benotung der gesamten NWZ-Umfrage. 40,3 Prozent der Oldenburger geben der Stadt für ihr Engagement gegen den Bahnlärm eine Fünf oder Sechs.

Offen bleibt dabei allerdings, wem die Bürger die Verantwortung geben. Dem Rat oder der Verwaltung. Und unberücksichtigt bleibt auch, dass weder Stadt noch Rat die letzte Ent-

scheidungskompetenz haben. Denn wenn das Bundesverkehrsministerium oder die Bahn nicht die Oldenburger Vorstellungen (nach einer Umgehungsstrecke) erfüllen, müssen schließlich Gerichte entscheiden.

Auffällig (siehe Grafik rechts) ist die Verteilung nach Stadtteilen. Bahnahe Gebiete (wie Ofenerdiek, 26127) sind sehr unzufrieden mit der Situation. In Eversten (26131) votie-

ren die Menschen im Schnitt fast eine ganze Note besser. Wenngleich auch dort die Unzufriedenheit hoch ist.

Interessant ist auch die Abstimmung in Osterburg, die fast genau dem Mittelwert entspricht. Dabei könnten die Osterburger die großen Verlierer der Bahn-Entwicklung sein. Denn ihr Abschnitt wird nicht neu gebaut, weshalb es zwar mehr Züge aber keinen weiteren Lärmschutz

und (zunächst) auch keine Entschärfung der Bahnübergangs-Problematik geben wird. Rein rechtlich muss die Bahn dort nichts machen.

Trotz vieler Kritiker gibt es nicht nur Unzufriedene. Immerhin jeder sechste Befragte hat eine Eins oder Zwei angekreuzt. Und: Der am Montag geschlossene Vergleich mit der Bahn hatte keinen Einfluss auf das Ergebnis.

## Das sagt die Stadtbaurätin

**OLDENBURG/RIT** – Für Stadtbaurätin Gabriele Nießen ist das Ergebnis der NWZ-Umfrage schon wieder überholt. „Natürlich gibt es eine hohe Unzufriedenheit bei den Bahnanliegern. Eine Note eins wird man da nie erreichen. Aber seit Montag haben wir den Vergleich. Und wenn man eine Umfrage in einem Jahr nach Einbau der beschlossenen Lärmschutzmaßnahmen machen würde, dann dürften viele eine positivere Meinung haben.“



Gabriele Nießen  
BILD: TOBIAS FRICK

Wichtig sei jetzt, dass der Rat sich im Hinblick auf das Planfeststellungsverfahren eins (das ist der Bereich vom

Bahnhof bis zur nördlichen Stadtgrenze) positioniert. Dort wird dann das Thema Bahnumgehung wieder aufgenommen. „Wichtig ist mir, dass wir schon im nächsten Jahr einen Lärmschutz für die Betroffenen haben, ganz unabhängig davon, wie die Frage der Umgehung ausgehen wird“, meint die Stadtbaurätin. Die Verwaltung fordere weiter eine Bahnumgehung. Nießen sagt auch, dass die Oldenburger Bahnproblematik nicht vor Ort, sondern im Bundesverkehrsministerium oder vorm Bundesverwaltungsgericht entschieden wird.

## Das sagt die Bürgerinitiative

**OLDENBURG/OBL** – Scharfe Kritik am Vergleich mit der Bahn übt Christian Röhlig, Sprecher der Interessengemeinschaft der Bahnanlieger in Oldenburg (IBO). „Es handelt sich nicht um einen Vergleich, sondern um ein Diktat der Bahn“, schimpft er.



Christian Röhlig  
BILD: VOSTEEN

Den zugesagten Lärmschutz hält die IBO für nicht ausreichend, um die Bürger, die im Stadtnorden entlang der Bahnstrecke wohnen, wirksam vor den Auswirkungen des zunehmenden Güterverkehrs zu schützen. „Tausenden Oldenburgern drohen

schlaflose Nächte, wenn die Züge in hoher Taktzahl durch die Stadt fahren“, befürchtet Röhlig. „Insofern ist das kein Entgegenkommen.“

Aus Sicht der Bürgerinitiative hätte es wirksamere Alternativen gegeben. „Ein Nachtfahrverbot von Mitternacht bis fünf Uhr morgens hätte uns deutlich mehr gebracht“, sagt der IBO-Sprecher. Auch eine Geschwindigkeitsbegrenzung wäre im Sinne der Initiative gewesen. „Wir verstehen die Zustimmung der Politik daher nicht.“

## IMPRESSUM

**Oldenburger Nachrichten**  
Redaktion Oldenburg

Leserservice:  
Redaktion: 9988 2100, Telefax: 9988 2109, e-mail: red.oldenburg@nordwest-zeitung.de

Leitung:  
Michael Exner Tel. 9988 2101  
Jasper Rittner Tel. 9988 2102  
Sabine Schicke (Srv.) 9988 2103  
Thomas Husmann 9988 2104  
Rainer Dehmer 9988 2106  
Karsten Röhr 9988 2110  
Thorsten Kuchta 9988 2113  
Susanne Gloger (Stadtteile) 9988 2108  
**Lokalsport:** Jan-Karsten zur Brügge 9988 2034, e-mail: red.lokalsport@nordwest-zeitung.de

**Anzeigenberatung**  
Torsten Hillje (Verkaufsleitung) 9988 4812  
Oliver Busche 9988 4888  
Harald Rother 9988 4883  
Matthias Voß 9988 4884  
Nadine Birken 9988 4885  
Mandy Gräbel 9988 4891  
Mike Wilkes 9988 4882  
Pressehaus Peterstraße  
☎ 0441/9988 01  
Anzeigenservice 01802/9988 44\*  
Aboservice 01802/9988 33\*  
(\*€ 0,06/Gespräch dt. Festnetz; Mobilfunkhöchstpreis € 0,42/Min.)

Bezugspreis durch Zusteller monatlich 27,90 € einschl. 7% MWST., Postabonnement monatlich 28,90 € einschl. 7% MWST. Die Abonnementgebühren sind im Voraus zahlbar. Preisanpassungen, auch im laufenden Bezugszeitraum eines Abonnements, sind möglich und werden rechtzeitig in der Zeitung veröffentlicht. Bei einer Bezugsunterbrechung werden die ersten 6 Erscheinungstage weiterberechnet. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder in Fällen höherer Gewalt und Streiks kein Entschädigungsanspruch. Abonnementkündigungen werden nur zum Quartalsende wirksam und müssen dem Verlag mindestens 6 Wochen vorher schriftlich vorliegen.